



Akademikerinnen bekommen keine Kinder!?

(aj) Die These, dass Frauen mit Hochschulabschluss häufiger kinderlos blieben als andere Frauen, ist in den vergangenen Jahren oft durch die Presse gegangen. Diese These ist aber auf einen Befragungsfehler im Mikrozensus zurückzuführen.

Befragungsfehler der amtlichen Statistik führt zur Überschätzung der Kinderlosigkeit

Die Bildungsabhängigkeit der Kinderzahl wird offensichtlich enorm überinterpretiert: Ursache ist ein methodischer Fehler in der Befragung durch den Mikrozensus. (Nebenbei: Der Mikrozensus ist eine statistische Erhebung der Statistischen Ämter in Deutschland. An der Befragung sind 1 % der Privathaushalte in Deutschland beteiligt, d.h. etwa 370000 Haushalte mit rund 820000 Menschen.)

Im Mikrozensus werden nur Frauen bis zum Alter von 39 in die Befragung aufgenommen und außerdem nur Kinder berücksichtigt, die zusammen mit der Mutter im Haushalt leben. Das Ergebnis ist also verzerrt, und nach dem Mikrozensus wären über 40 % der Frauen mit einem Universitätsabschluss kinderlos. Gerade Akademikerinnen bekommen aber häufig mit über 40 Jahren Kinder, weil sie lange Ausbildungszeiten haben und die Phase, in der sie eine Familie gründen, sich verschiebt.

Sozioökonomisches Panel des DIW kommt zu anderen Zahlen

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung ermittelt Zahlen durch das sogenannte Sozioökonomische Panel (SOEP); sie lassen eine realistischere Aussage zu. Das Sozioökonomische Panel ist eine seit 1984 laufende jährliche Wiederholungsbefragung von Deutschen, Ausländern und Zuwanderern in den alten und seit 1991 auch in den neuen Bundesländern. Die Stichprobe umfasste im Erhebungsjahr 2004 mehr als 12.000 Haushalte mit fast 24.000 Personen. Das SOEP bezieht auch Frauen ab 40 Jahren und deren Kinder mit ein.

Anteil der kinderlosen Akademikerinnen liegt bei 23 Prozent

Die Ergebnisse zeigen: 29,3 % der Frauen mit Uni-Abschluss haben keine Kinder (in Westdeutschland etwas mehr: 34,5 %); rechnet man die Frauen mit Fachhochschulabschluss dazu, sind es nur noch 23 %, die tatsächlich keine Kinder haben.

Alarmierend bleibt die hohe Kinderlosigkeit allgemein in Deutschland, es ist die höchste Rate in der EU (26 %). Die Geschichte von der kinderlosen Akademikerin ist aber wohl doch eher aus einem Statistikfehler entstanden.

	Kinderlose Frauen	Anteil Gruppe
Hauptschule	15,5	28,9
Realschule	13,4	33,1
Akademikerinnen	23	19,6
mit Hochschulabschluss in Westdeutschland	30,3	13,3
Fachhochschule	20,0	3,9
Universität	34,5	9,4

Den Herausforderungen des demografischen Wandels aktiv begegnen - Die Strategie des Landkreises Darmstadt-Dieburg - Gastbeitrag von Landrat Alfred Jakoubek (SPD) / Landkreis Darmstadt– Dieburg



Alfred Jakoubek (SPD) ist seit 1997 Landrat des Landkreises Darmstadt-Dieburg

Mit derzeit ca. 291.000 Einwohnern in 23 Städten und Gemeinden ist der Landkreis Darmstadt-Dieburg der nach der Bevölkerungszahl viertgrößte Landkreis in Hessen; er zählt aufgrund seiner hohen Standortattraktivität seit vielen Jahren zu den "Zuzugskreisen". Trotz dieser günstigen Ausgangssituation stellt die demografische Entwicklung auch hier eine zentrale Herausforderung der Zukunft dar.

Das Hessische Statistische Landesamt prognostiziert, dass nach einer weiteren Wachstumsphase 2020 (Zunahme auf 299.000 Einwohner) die Einwohnerzahlen bis zum Jahr 2050 deutlich zurückgehen werden (Rückgang auf unter 270.000 Einwohner). Zugleich verändert sich bereits heute die Altersstruktur im Landkreis nachhaltig.

Im Jahre 2005: Initiierung eines Dialoges auf Kreisebene

Zum Jahresbeginn 2005 wurde auf Kreisebene ein Dialogprozess angestoßen, um über diese Prognose

Auszüge aus den Empfehlungen der Kommission:

Der **kinder- und familienfreundliche Landkreis Darmstadt-Dieburg** soll sich insbesondere auszeichnen durch:

- eine bedarfsgerechte, hochqualifizierte Kindertagesbetreuung und Kindertagespflege; auch für Kinder unter 3 Jahren und für schulpflichtige Kinder.
- umfassende Ganztagsbetreuungsangebote an allen Schulen im Landkreis.
- ein breites Informations- und Beratungsangebot für (werdende) Eltern sowie für Berufsrückkehrerinnen bzw. Berufsrückkehrer in günstiger, wohnortnaher Erreichbarkeit.
- eine Personalentwicklung in der Kreisverwaltung, die (werdenden) Eltern flexible, maßgeschneiderte Arbeitszeit- und Arbeitsplatzregelungen bietet und damit Vorbild für andere Arbeitgeber sein kann.

Der **seniorenfreundliche Landkreis Darmstadt-Dieburg** soll sich insbesondere auszeichnen durch:

- ein umfassendes, bedarfsgerechtes Informations-, Beratungs-, Unterstützungs- und Betreuungsangebot für die Seniorinnen und Senioren sowie deren (pflegende) Angehörige.
- ein Volkshochschulprogramm, das auf vorbildliche Weise den Anliegen und Bedürfnissen der Seniorinnen und Senioren Rechnung trägt.

sen breit zu informieren, die sich hieraus resultierenden Herausforderungen frühzeitig zu erkennen sowie geeignete Lösungsansätze zu entwickeln. Dies mündete in einem Beschluss des Kreisausschusses, eine Kommission "Demografische Entwicklung" zu bilden, die Handlungsspielräume für die Kreispolitik und -verwaltung aufzeigen soll.

Im Frühjahr 2006 wurden von der Kommission erste konkrete Handlungsempfehlungen und Projektvorschläge für die "Weitere Verbesserung der Kinder- und Familienfreundlichkeit" sowie die "Weitere Verbesserung der Seniorenfreundlichkeit" vorgelegt.

Im Jahre 2006: Ausweitung zum "Zwei-Ebenen-Dialog"

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg wurde im Frühjahr 2006 sodann mit seinem Konzept als Modellkommune des Projektes "Hessen

2050 - Sichere Zukunft im demografischen Wandel" ausgewählt. In Ergänzung zu den Arbeiten der Kommission "Demografische Entwicklung" wird nun der Blick auf Spielräume der Städte und Gemeinden im Landkreis gerichtet. Gemeinsam werden im Rahmen von zwei Workshops neue Handlungsstrategien für den Themenschwerpunkt "Zusammenleben der Generationen" ermittelt.

Das im Landkreis Darmstadt-Dieburg gewählte Vorgehen zum Umgang mit den spezifischen Herausforderungen der demografischen Entwicklung kann damit wichtige Hilfestellungen für die anderen hessischen Gebietskörperschaften - insbesondere in den Stadt-Umlandbereichen und vor allem in der Metropolregion Rhein-Main - geben.

Landrat Alfred Jakoubek,
Landkreis Darmstadt-Dieburg

Über den Tellerrand hinaus: Demografie weltweit

(bk) In den europäischen Ländern richtet sich der Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit darauf, dass die Bevölkerung abnimmt und altert. Die Welt insgesamt hat aber - auch in Fragen der Demografie - andere Sorgen als Europa. Nicht der Rückgang und die Alterung, sondern das rapide Wachstum stellt die zumeist armen Länder vor besondere Probleme.

Wie rasant die Bevölkerung weltweit wächst, wird durch folgendes deutlich: Es dauerte einige Millionen Jahre, bis die Bevölkerung die Milliardengrenze erreicht hatte, weitere 123 Jahre bedurfte es für die zweite Milliarde, für die dritte 33 Jahre, die vierte 14 Jahre und nach nur 13 weiteren Jahren war die fünfte Milliarde erreicht. Am 12. Oktober 1999 vermeldete schließlich die UNO die Geburt des sechst-milliardsten Erdenbewohners.

Geburtenraten sinken weltweit

Die Weltbevölkerung wächst stetig, aber das Tempo des Bevölkerungszuwachses hat sich in den letzten Jahrzehnten abgeschwächt. Auch wenn die Geburtenraten in den Entwicklungs- und Schwellenländern nach wie vor über dem Erhaltungsniveau von etwa 2,1 liegen,

ist aus der unteren Grafik ein deutlicher Trend zu weniger Geburten erkennbar.

Zwangsmaßnahmen haben erhebliche Nebenwirkungen

Mit dem weltweiten Bevölkerungszuwachs und dem steigendem Lebensniveau z.B. in Indien und China sind besondere Probleme verbunden: Verbrauch der Energieressourcen, Verschmutzung der Atmosphäre und Abholzung von Wäldern u.a. In den betroffenen Ländern werden daher häufig Zwangsmaßnahmen (Sterilisationen, Benachteiligung von Familien mit vielen Kindern) befürwortet, weil man sich dadurch eine schnelle Senkung der Geburtenrate erhofft. Bekanntestes Beispiel hierfür ist die chinesische Ein-Kind-Politik, die seit 1979 propagiert wird. Die chinesische Geburtenrate ist seit dem Jahre 1979 von 2,8 auf 1,9 gesunken, was zunächst den Befürwortern von Zwangsmaßnahmen Recht zu geben scheint.

Aber der scheinbare Erfolg ist mit erheblichen Nachteilen erkauft. Es werden fundamentale Freiheitsrechte wie das auf Fortpflanzung massiv eingeschränkt. In Gesellschaften mit einer großen Präferenz für männliche Nachkommen kommt es darüber hin-

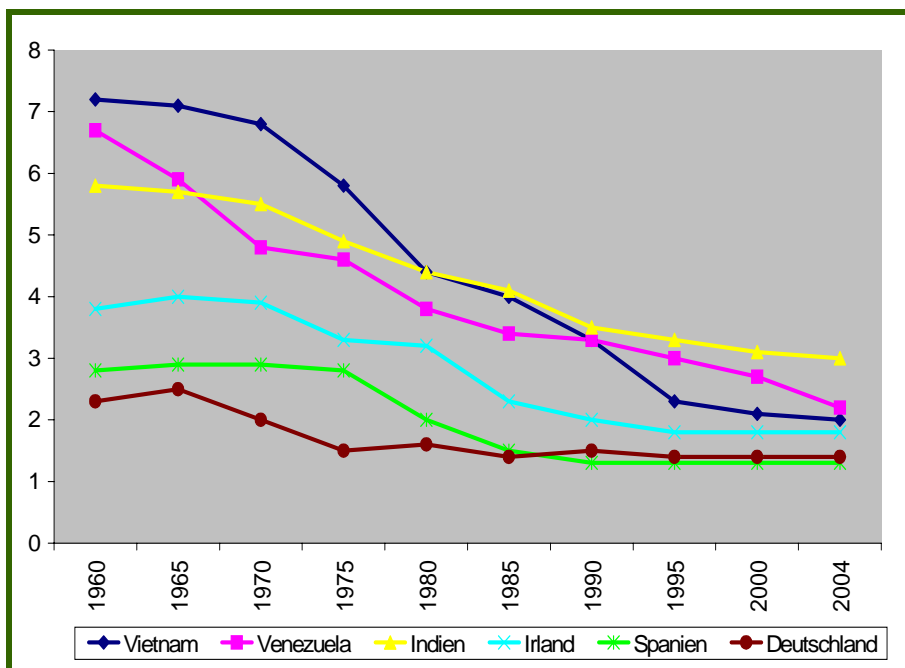
aus zur Abtreibung von weiblichen Föten, was große ethische Probleme aufwirft und langfristig zu dem konkreten Problem des Männerüberschusses und den daraus resultierenden Konsequenzen führt.

Wirtschaftliche Entwicklung ist nicht das „beste Verhütungsmittel“

Entgegen der landläufigen Meinung ist die ökonomische Entwicklung eines Landes bzw. einer Region nicht das „beste Verhütungsmittel“. So ergaben empirische Untersuchungen für verschiedene indische Regionen, dass wohlhabende Regionen eine wesentlich höhere Geburtenrate als andere ärmere Regionen aufweisen, in denen aber die Schulbildung wesentlich besser ist und in denen die Frauen stärker in den Arbeitsmarkt eingebunden sind.

Schulbesuch und Integration der Frauen in den Arbeitsprozess als Schlüssel zur Senkung der Geburtenrate

Dass eine nachhaltige Senkung der Geburtenrate ohne Zwangsmaßnahmen möglich ist, kann anhand der indischen Bundesstaaten Kerela und Tamil Nadu demonstriert werden. Dort setzte man auf Freiwilligkeit, Kooperation und Ausbau des Bildungs- und Gesundheitssystems. Zentral ist hierbei (1) der Schulbesuch der Frauen und (2) die Integration der Frauen in den Arbeitsprozess gewesen. Wie sich die Geburtenraten in den beiden indischen Bundesstaaten im Vergleich zu der Geburtenrate in China entwickelt haben, ist in der unteren Tabelle dargestellt.



weltweite Entwicklung der Geburtenraten 1960—2004

	China	Kerela	Tamil Nadu
1979	2,8	3,0	3,5
1991	1,9	1,8	2,2

Literatur:

Amartya Sen, Ökonomie für den Menschen 1999

Familienarmut als Kinderbremse

(aj) Als Grund gegen Kinder wird oft die Befürchtung genannt, dass sich die finanzielle Situation verschlechtern könnte (und die Tatsache, dass Arbeit für Mütter oft schon wegen der Kinderbetreuung ein großes Problem darstellt und dieses Problem noch verstärkt).

gen: seit 1965 hat sich in Deutschland der Anteil der Kinder, der Sozialhilfe bezieht, fast um das 16fache erhöht. Familien mit niedrigem Einkommen müssen deutlich entlastet werden, um die Kinder vor enormer sozialer Unsicherheit und der Abhängigkeit von Sozialhilfe zu bewahren.

Steigende Familienarmut

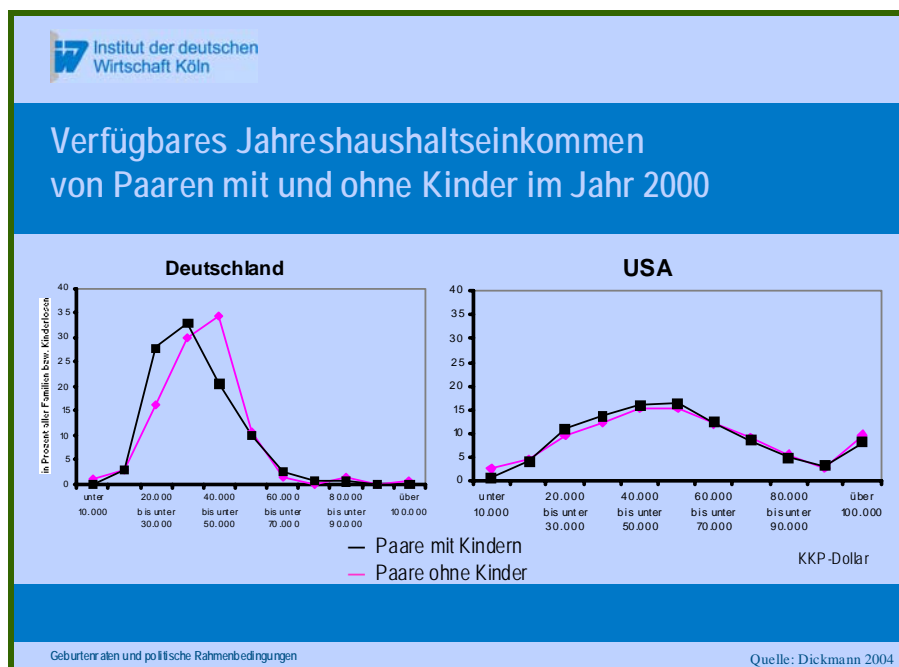
Es stimmt: die Familien- und Kinderarmut ist erheblich gestie-

Prekärer Arbeitsmarkt führt zu weniger Kindern

Das Problem ist allerdings auch

auf die immer häufiger sehr prekären Arbeitsverhältnisse zurückzuführen. Wenn zwei niedrig bezahlte Jobs nötig sind, um den Lebensunterhalt zu finanzieren, werden einerseits die Betreuungsmöglichkeiten für ein Kind eingeschränkt. Andererseits liegen hier und natürlich in der hohen Arbeitslosigkeit und der Unsicherheit, ob eine Arbeitsstelle überhaupt über Jahre gesichert ist, deutliche und verständliche Gründe gegen ein (weiteres) Kind. Flexible und längere Arbeitszeiten, manchmal abends oder am Wochenende, lassen eine Planung der Kinderbetreuung nur schwer zu. Prekäre Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, die die Sicherheitsbedürfnisse der möglichen Väter und Mütter nicht erfüllen können, führen also zu weniger Kindern.

Die Lösungen müssen annehmbare Einkommen, längerfristige Verträge, besseres Zeitmanagement – schlicht eine viel bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen beinhalten.



Zahlen zur Demografie

- Tschechien hat mit 1,14 die niedrigste Geburtenrate aller europäischen Länder
- Die Heiratshäufigkeit der Frauen ist von 93 % im Jahre 1971 auf 77 % im Jahre 2000 gesunken.
- 26,2 % der Migranten stammen aus der Türkei.
- Das durchschnittliche Heiratsalter bei Frauen liegt bei 32 Jahren, das der Männer bei 35 Jahren.
- Den höchsten Migrantenanteil an der Gesamtbevölkerung haben die Vereinigten Arabischen Emirate mit 73,8 %, gefolgt von Kuwait mit 57,9 %. Zum Vergleich: In Deutschland liegt diese Zahl bei 8,9 %.

Impressum:



SPD-Fraktion im
Hessischen Landtag

Redaktion:

Thomas Spies (MdL), V.i.S.d.P.
Hiltrud Wall, Parl. Referentin
Alke Jenss
Burhan Kaplan

Kontakt:

Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
h.wall@ltg.hessen.de

Foto: www.pixelquelle.de